

Eklat wegen 50.000 € ?!

Der Wachtberger Haushalt 2015 ist immer noch nicht in trockenen Tüchern. Jetzt droht die Verwaltungsspitze, das von den Ausschüssen beschlossene Maßnahmenpaket zum Erhalt der Infrastruktur sei wegen der Forderung nach einer geringeren Steigerung der Personalkosten um 50.000 € nicht umsetzbar?

Was war geschehen?

Wie wohl allgemein bekannt, sah der kurz vor Weihnachten vorgelegte Entwurf für den Haushalt 2015 erstmalig die Überschreitung der für die Haushaltssicherung maßgeblichen Grenze des Eigenkapitalverbrauchs vor. Daher hatten alle Fraktionen von der Verwaltungsspitze Vorschläge zur Reduzierung des Haushaltsdefizits gefordert. Zwei Vorschläge der Verwaltung waren das Ergebnis: In 2015 sollten 70.000 € bei der Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen gestrichen werden, weitere 450.000 € für die Unterhaltung des Gemeindevermögens. Vorgesehen war eine Verschiebung in die Folgejahre.

Eines der Hauptanliegen der Wählervereinigung UNSER WACHTBERG, mit dem sie für die Kommunalwahl angetreten war, ist jedoch, das Vermögen der Gemeinde durch nachhaltige und kontinuierliche Instandsetzungsmaßnahmen funktionstüchtig und werthaltig zu halten. Die Gelder für diese Kernaufgabe im laufenden Jahr so drastisch zu streichen, war nach unserem Verständnis der falsche Weg. Auch ist die Reihenfolge, in der die Maßnahmen durchgeführt werden sollen, wirklich nachvollziehbar. So soll der Einbau von Rauchmeldern in den Kindergärten ins Jahr 2017 verschoben werden. Aber im Rathaus muss eine neue Teeküche schon in 2015 her. Wie werden hier von der Verwaltung die Prioritäten gesetzt?

Deswegen haben wir nach Durchforstung des gesamten Haushalts eine Vielzahl von Vorschlägen zur Verringerung des Haushaltsdefizits unterbreitet, wie andere Fraktionen auch. Zugleich haben wir dafür gekämpft, die geplanten Maßnahmen zum Erhalt des Gemeindevermögens in erheblich größerem Umfang schon in 2015 zu ermöglichen.

Zu den unterbreiteten Vorschlägen der Fraktionen gehörte aber auch, dass die Personalausgaben um 50.000 € weniger steigen als ohnehin geplant. Der Entwurf sah eine Steigerung von rd. 190.000 € vor, verblieben also immer noch 140.000 €. Angesichts von Personalkosten von mehr als 8 Millionen € entspricht die geforderte "Einsparung" einem Anteil von knapp 0,6 %.

Eine Forderung, die von der Verwaltungsspitze mit Vehemenz abgelehnt wird. Von einem ungeheuerlichen Vorgang war die Rede. Der Beigeordnete Ostermann konterte die Forderung der Mehrheit des Finanzausschusses mit der Bemerkung, dann müsse es bei der Kürzung des Maßnahmenpakets zum Erhalt des Gemeindevermögens wieder bei der ursprünglich von der Verwaltung vorgesehenen Kürzung bleiben. Als Begründung hieß es, als Folge der geringeren Steigerung der Personalkosten könnten die vom Rat geforderten Maßnahmen personell nicht geleistet, also nicht umgesetzt werden. Von Überlastung und Überstunden war die Rede, ein Fachbereichsleiter könne nicht neu besetzt werden und auch nicht die gewünschten neue Stelle eines Leiters des Baubetriebshofs. Es fehle also das Geld für das zur Umsetzung benötigte Personal.

Doch Stopp, schauen wir uns doch die Argumente einmal genauer an:

In 2015 werden 2 Stellen zur Wiederbesetzung frei, weil die bislang nicht aktiv tätigen, im Rahmen von Altersteilzeit mit reduziertem Gehalt freigestellten Mitarbeiter in den Ruhestand gehen und die Stellen neu besetzt werden können. Es gibt also die Möglichkeit der Neubesetzung von mindestens 2 Stellen. Werden die Möglichkeiten genutzt, reduziert sich auch die Belastung der übrigen Bediensteten.

Von 856 Überstunden war in der Presse die Rede. Das entspricht bei 150 Bediensteten nicht einmal 6 Überstunden pro Person. Da kann man doch kaum von Besorgnis erregenden Zuständen sprechen.

Gut, die Verwaltungsspitze hat gleichzeitig mit dem vorgelegten und von den Ausschüssen gebilligten Stellenplan den Wunsch geäußert, in erheblichem Umfang Stellenanhebungen, also im Ergebnis Beförderungen, vornehmen zu können. Sollte der Haushalt mit den bisherigen Änderungen verabschiedet werden, muss die Verwaltungsspitze mit dem zur Verfügung gestellten Budget auskommen. Sie muss also entscheiden, ob aus Ihrer Sicht zwingend benötigte Stellen besetzt, oder stattdessen Beförderungen ausgesprochen werden. Sie kann aber auch organisatorische Maßnahmen treffen, die sicherstellen, dass die anstehenden Aufgaben zu bewältigen sind. Was ist falsch daran? Der stetige Ruf nach "mehr" kann es jedenfalls nicht sein.

Zugleich wird die Bürgermeisterin in der Tagespresse zitiert, sie werde versuchen, „für Einsparungen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Schließlich gäbe es noch Spielräume“.

Was soll das denn heißen? Angesichts dieser Aussage widerlegt die Bürgermeisterin die gegenteiligen Behauptungen selbst.

Im Übrigen ist es so, dass der Finanzausschuss dem Rat einstimmig die Annahme des Haushalts empfohlen hat. Und zwar mit der geringeren Reduzierung des Maßnahmenpakets zum Erhalt des Gemeindevermögens und mit der geringeren Steigerungen der Personalkosten. Soll also der Ruf nach der einvernehmlichen Lösung bedeuten, dass der Rat der Forderung der Verwaltungsspitze doch noch nachkommt?

Zur Vorbereitung der Beratungen des Haushalts 2015 sind die Ratsfraktionen aufeinander zugegangen, haben sich verständigt und in vielen der wichtigsten Fragen Einvernehmen erzielt. Allein die Verwaltungsspitze ließ hier ein zielführendes Mitwirken bislang weitgehend vermissen. Und wenn die Bürgermeisterin öffentlich beklagt: „Ich bin eine Bürgermeisterin ohne Mehrheit“, so ist ihr zu entgegnen: Es ist nötig, durch konstruktive Sacharbeit Mehrheiten schaffen. Das ist in anderen Kommunen Gang und Gäbe und sollte auch in Wachtberg möglich sein.